

Protokoll

über die 16. Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Klimaschutz am Dienstag,
12. September 2023 um 18:10 Uhr in der Aula im Schulzentrum Süd, Auf dem Bruche 3,
31832 Springe

Teilnehmende:

Vorsitzende

Henkels, Anette

gleichzeitig OR Eldagsen

Ortsbürgermeister

Rohlf, Karl-Heinrich

Ortsrat Eldagsen und Mittelrode - zu TOP 7

Ortsratsmitglieder

Arndt, Angela

Ortsrat Eldagsen und Mittelrode - zu TOP 7

Brenneke-Schiller, Heike

Ortsrat Eldagsen und Mittelrode - zu TOP 7

Ellermann, Benjamin

Ortsrat Eldagsen und Mittelrode - zu TOP 7

Kelting, Niklas

OR Springe - zu TOP 6

Kemper, Margarete

OR Springe - zu TOP 6

Kohlenberg, Jürgen

OR Völksen - zu TOP 6

Sohns, Christina

OR Völksen - zu TOP 6

Ausschussmitglieder

Bani Ardalan, Christian

Vertretung für Frau Retzlaff

Becker, Tanja

Galas, Eckart

gleichzeitig OR Völksen

Hackert, Thorsten

gleichzeitig OR Völksen

Holzmann, Norman

Mariß, Lisa Marie

Overesch, Bernd

gleichzeitig OR Springe

Riegelmann, Elke

Beratende Mitglieder

Borgolte, Michael

Von der Verwaltung

Becker, Kerstin

Protokollführerin

Behrens, Daniel

zu TOP 5

Klostermann, Jörg

Es fehlen entschuldigt

Nagel, Klaus

Retzlaff, Antje

Tagesordnung

A. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Henkels begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Da keine Änderungsanträge zur Tagesordnung vorliegen, stellt Frau Henkels auch diese fest und eröffnet die Sitzung.

Herr Klostermann stellt dem Ausschuss die neuen Mitarbeiter des Fachdienstes Umwelt, Herrn Niemann und Herrn Stadnischenko, vor. Sie sind zuständig für die Bereiche Klimaneutralität, Klimafolgenanpassung und Klimaschutzmanagement.

2. Anfragen der Zuhörenden

Ein Zuhörer erkundigt sich nach dem Sachstand zur Hallerbrücke. Herr Klostermann antwortet, für den Neubau seien im Haushaltsplan 2024 Mittel berücksichtigt worden. In den letzten beiden Wochen habe es Gespräche mit dem Eigentümer der Fläche gegeben und es sei zu einer Einigung gekommen.

Für die Durchführung seien allerdings die Kapazitäten im Fachdienst Tiefbau abzuwarten.

3. Genehmigung des Protokolls der 15. Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Klimaschutz am 22.08.2023 - öffentlicher Teil -

Herr Bani-Ardalan vermisst unter TOP 6 die Beantwortung der Anfrage von Herr Wall zu den neu gebauten Garagen in der Schulstraße.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Anfrage bezüglich einer Baugenehmigung von 9 Garagen inklusiv Pflasterung auf dem Eckgrundstück Schulstraße / Paul-Schneider-Weg wird von der Bauaufsicht wie folgt beantwortet:

Auf dem Grundstück wurden keine neuen Garagen errichtet. Es handelt sich um Bestandsgaragen. Die ehemalige Schotterfläche des Grundstücks wurde gepflastert und ist dabei unwesentlich vergrößert worden. Dies ist als Garagen- und Stellplatzzufahrt im Mischgebiet zulässig.

Folgender Beschluss wird mit **9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Das Protokoll der 15. Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Klimaschutz am 22.08.2023 - öffentlicher Teil - wird mit der Ergänzung zu TOP 6 genehmigt.

4. Aussprache über die Ortsbegehung mit dem NABU im Zigeunerwäldchen

Vor der Sitzung findet die Ortsbegehung des Zigeunerwäldchens statt, bei der die Mitglieder des NABU den Interessierten die Entstehung und die heutige Bedeutung dieses Gebietes erklären und näherbringen.

Sie berichten außerdem von dem Projekt, die Haller auf einem ca. 2 km langen Teilstück renaturieren zu wollen. Die Pläne hierfür, welche vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) ausgearbeitet wurden, lägen bereits seit längerem vor. Leider scheitert das Vorhaben nach ihren Aussagen bislang an der Verwaltung der Stadt Springe und der Region Hannover.

Die NABU-Mitglieder berichten über die Schwierigkeiten, einen Gesprächstermin mit allen Beteiligten zu organisieren.

Sie wünschen sich ein konstruktives Gespräch, um die Pläne doch noch umsetzen zu können. Der Zeitbedarf hierfür läge nach ihren Schätzungen bei einer Woche und die Maßnahme sollte im Spätsommer / Herbst durchgeführt werden.

Frau Henkels bedankt sich bei den Mitgliedern des NABU für die Erläuterungen zum Zigeunerwäldchens und der geplanten Hallerrenaturierung.

Während der Sitzung werden keine weiteren Fragen gestellt und keine Anmerkungen vorgebracht.

5. Machbarkeitsstudie zur Gewerbeflächenentwicklung Osttangente, 317/2021-2026 - 1 Stadtteil Springe

Herr Klostermann fasst den Inhalt der Drucksache kurz zusammen.

Frau Riegelmann fragt, ob ein Verzicht auf Förderung zum jetzigen Zeitpunkt bedeute, dass auch bei der Umsetzung auf Fördergelder verzichtet werden müsse. Herr Behrens verneint dies, diverse Folgegutachten seien über Förderprogramme förderfähig, auch wenn die Machbarkeitsstudie nicht gefördert wird. Über die Förderprogramme wird jährlich von der Region Hannover entschieden.

Herr Klostermann ergänzt, dass bei jetziger Förderung einer Machbarkeitsstudie alle Schritte vergeben werden müssten.

Frau Henkels stellt klar, dass der Ratsbeschluss zur geförderten Vergabe der Machbarkeitsstudie, welcher mit Drucksache 317/2021-2026 gefasst wurde, mit dem jetzt vorliegenden Beschlussvorschlag wieder rückgängig gemacht werden würde.

Auf Nachfrage von Herrn Hackert erläutert Herr Behrens, einige Punkte, wie die Nachhaltigkeitskriterien für eine Förderung, wurden erst nachträglich von der Region hinzugefügt und seien vor einem Jahr noch nicht bekannt gewesen.

Herr Klostermann betont, es gehe zunächst hauptsächlich um die Erschließungsmöglichkeit der Fläche. Die möglichen Erschließungsflächen gehören der Stadt Springe nicht. Falls sich herausstellt, dass eine Erschließung realisierbar und bezahlbar sei, könnten weitere Planungen für ein Gewerbegebiet vorgenommen werden. Da dies aber noch nicht feststehe, gäbe es auch noch keinen Zeitplan.

Nach einer kurzen Diskussion der Ausschussmitglieder stellt Frau Riegelmann den Antrag, die Verwaltung möge die Drucksache konkretisieren und dem Ausschuss dann erneut vorstellen. Die Ausschussmitglieder stimmen dem **Antrag mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.**

6. Lärmaktionsplan 2024 für die Stadt Springe, 4. Runde, Straßenlärm 524/2021-2026 Aufstellungsbeschluss

Herr Klostermann erkundigt sich bei den Ausschussmitgliedern nach Fragen zur vorliegenden Drucksache. Herr Holzmann merkt an, dass der vorherige Lärmaktionsplan (LAP) in Jahr 2019 von einem Planungsbüro bearbeitet wurde. Er wundert sich, dass der aktuelle LAP von einer Planerin der Stadt Springe bearbeitet wird, obwohl die Personalsituation in der Verwaltung als angespannt gilt.

Herr Klostermann erklärt, der Fachdienst Stadtplanung sei zurzeit personell gut aufgestellt.

Folgender Beschluss wird mit **9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Ausschuss für Planung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den unten genannten Beschluss zu fassen.

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Aufstellung des Lärmaktionsplans der 4. Runde. Ebenso wird der Beschluss gefasst, sobald wie möglich die frühzeitige Beteiligung mit den bis dahin vorliegenden Informationen durchzuführen.

Es sind aktuell keine weiteren Maßnahmen (ruhige Gebiete, Tempo 30 Zonen) im Bereich des verpflichtenden Lärmaktionsplans (Hauptverkehrsstraßen, 4. Runde) vorzusehen.

Der Ortsrat Altenhagen I ist zur Sitzung geladen, es sind aber keine Ortsratsmitglieder anwesend.

Der Ortsrat Springe nimmt den Beschluss zur Kenntnis und macht von der Anhörung gem. § 94 NKomVG keinen Gebrauch.

Der Ortsrat Völksen nimmt den Beschluss zur Kenntnis und macht von der Anhörung gem. § 94 NKomVG keinen Gebrauch.

7. **Örtliche Bauvorschrift Nr. 1 "Innenstadt", Stadt Springe, Stadtteil Stadt Eldagsen für Teile des das förmlich festgesetzten Sanierungsgebietes „Innenstadtsanierung Eldagsen“• Änderung des Geltungsbereiches** **523/2021-2026**
- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB
 - Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Behörden gem. § 4 (1) BauGB
 - Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB
 - Beschluss zur Beteiligung der Behörden gem. § 4 (2) BauGB

Herr Klostermann bezeichnet die Stadtsanierung Eldagsen als sehr erfolgreich und erklärt weiter, da diese bald ausläuft, sollen mit der Örtlichen Bauvorschrift (ÖBV) die Richtlinien für die Zukunft festgehalten werden.

Herr Rohlf ergänzt, der Ortsrat Eldagsen und Mittelrode habe sich bereits Mitte 2021 mit dem Thema befasst. Die vorgebrachten Anregungen und Bedenken seien in der Drucksache der Verwaltung berücksichtigt worden. Hierfür bedankt er sich ausdrücklich.

Herr Klostermann erläutert, dass mit dieser Drucksache zunächst der Beschluss zur Beteiligung erfolgen soll. Anschließend werde es zu einer erneuten Vorstellung im Ausschuss kommen. Der Satzungsbeschluss wird letztendlich durch den Stadtrat erfolgen.

Herr Holzmann merkt an, dass örtliche Bauvorschriften für ihn neu seien und er sich über die Zulässigkeit von Flachdachbungalows im Geltungsbereich der ÖBV wundere.

Frau Henkels betont, eine inhaltliche Diskussion sei noch verfrüht, da heute zunächst der Beschluss zur Beteiligung auf der Tagesordnung stehe.

Herr Holzmann regt an, dass unter § 4 der Begründung zu den Fassaden keine Faserzementplatten aufgeführt werden. Er bittet diese mit in die Auszählung aufzunehmen.

Herr Rohlf sagt, der Ortsrat wäre sehr froh, wenn der heutige Beschluss gefasst würde. Es sei bis hierher ein langer Weg gewesen und die Sanierungsziele müssten eingehalten werden.

Herr Klostermann ergänzt, der Charakter des Altbestandes der Bebauung im Geltungsbereich der ÖBV solle erhalten bleiben.

Folgender Beschluss wird mit **9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Ausschuss für Planung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, die unten genannten Beschlüsse zu fassen.

Der Verwaltungsausschuss beschließt zur Örtlichen Bauvorschrift Nr. 1 "Innenstadt", Stadt Springe, Stadtteil Stadt Eldagsen für Teile des das förmlich festgesetzten Sanierungsgebietes „Innenstadtsanierung Eldagsen“:

1. den geänderten Geltungsbereich, wie in der Anlage 1 dargestellt,
2. über die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung (Anlage 2)
3. über die Äußerung der Behörden gem. § 4 (1) BauGB entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung (Anlage 3),
4. die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) der Örtlichen Bauvorschrift (Anlage 4) mit der dazugehörigen Begründung (Anlage 5),
5. die Beteiligung der Behörden gem. § 4 (2) BauGB.

8. Oberstufe IGS Springe - Grundsatzbeschluss und Lösungsvorschlag Raumsituation- Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke vom 15.06.2023 - nach Rat 29.06.2023 513/2021-2026 - 1

Herr Bani-Ardalan stellt den Antrag kurz vor und erläutert, die IGS begründet den Wunsch nach einer Oberstufe mit der Befürchtung, ohne Oberstufe werde sich die IGS in Springe nicht halten können.

Herr Klostermann verliest den Protokollauszug der letzten Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur (SSKA) zu dieser Drucksache und erklärt weiter, dass das Land über den Antrag des Schulträgers nach Einrichtung einer Oberstufe beschließen werde.

Sollte dem Antrag zugestimmt werden und somit drei zusätzliche Jahrgänge an die IGS Springe untergebracht werden müssen, werde zunächst vom SSKA der Raumbedarf festzustellen sein.

Danach müsse entschieden werden, ob eine Erweiterung des Bestandes möglich sei oder ob ein Neubau erforderlich sein werde. Im Fall eines Neubaus werde ein Bebauungsplanverfahren mit einer ungefähren Dauer von drei Jahren durchzuführen sein.

Es folgt eine Diskussion unter den Ausschussmitgliedern über den Inhalt des Beschlussvorschlags und die Notwendigkeit einer Beschlussfassung im PUKA zum jetzigen Zeitpunkt.

Anschließend stellt Frau Riegelmann den Antrag, den ersten Punkt des Beschlussvorschlags der Verwaltung zu streichen und nur über den zweiten Punkt des Beschlussvorschlags der Drucksache abzustimmen.

Die Ausschussmitglieder stimmen einstimmig zu.

Folgender Beschluss wird mit **9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Ausschuss für Planung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Springe über den Verwaltungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen.

Die Verwaltung prüft Umsetzungsvarianten für den Raumbedarf auf Wirtschaftlichkeit und Umsetzbarkeit.

9. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen vor.

10. Fragen der Zuhörenden zu den in der Sitzung gefassten Beschlüssen

Ein Zuhörer fragt Herrn Klostermann, ob genügend Ausgleichsflächen im Besitz der Stadt Springe seien, welche für eine eventuelle Gewerbeflächenerweiterung an der Osttangente benötigt würden.

Herr Klostermann verneint dies und erläutert, dass teilweise ein Ausgleich vor Ort vorgenommen werden könne.

11. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Holzmann fragt anlässlich einer Presseberichterstattung über den Neubau von Mehrfamilienhäusern, inwieweit die im sozialen Wohnungsbau in Springe vorgesehene Quote von 10 % abgedeckt ist.

Herr Klostermann antwortet, der Ratsbeschluss zur Quote im sozialen Wohnungsbau beziehe sich auf den Geschosswohnungsbau. Das letzte Projekt hierzu sei „Am Kalkwerk“ gewesen. Seither habe es keine neuen Bebauungspläne mit Geschosswohnungsbau in Springe gegeben.

Herr Klostermann erläutert weiter, dass auch in kleineren Stadtteilen Mehrfamilienhäuser errichtet werden sollen, welche dann Wohnraum für ältere Menschen aus den Ortschaften bieten und durch diese Veränderung somit Einfamilienhäuser für Familien frei würden. So seien zumindest die Planungen, man müsse sehen, wie das in der Praxis dann aussieht.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Bebauungsplan, bei dem im großen Teil sozialer Wohnungsbau berücksichtigt wurde, ist der Bebauungsplan Nr. 23 „Bernauer Str./Adolf-Reichwein-Str. und Jägerallee“, 7. Änderung mit örtlicher Bauvorschrift, Stadtteil Springe.

Ende des öffentlichen Teils: 19:56 Uhr